

Sven Giegold – Finanzpolitik und Globalisierungskritik

Herr Giegold, Sie beschäftigen sich u.a. mit Regionalwährung, Finanzmarktregulation, und Sie sind Globalisierungskritiker. Wie sind Sie dazu gekommen?

Ich komme aus der Umweltbewegung und habe mich in diesem Zusammenhang gefragt, wie die volkswirtschaftlichen Mechanismen funktionieren. Das habe ich daraufhin studiert und kam dann zu dem Ergebnis, dass man ohne eine Internationalisierung des Regulierungsrahmens keine Ordnung im Sinne des Gemeinwohls in die Wirtschaft bekommt.

Was begeistert Sie an diesen Themen und motiviert Sie, jeden Tag daran zu arbeiten?

Ich habe ein sehr tiefes Verhältnis zur Natur als auch zur Frage der Gerechtigkeit. Ich könnte mich in dieser Welt schwer ertragen, wenn ich meine Arbeitskraft nicht darauf verwenden würde, sowohl zum Erhalt des Planeten als auch zur Schaffung von mehr Gerechtigkeit beizutragen.

In der Debatte um zukunftsfähiges Wirtschaften wird die These vertreten, dass unser Wirtschaftssystem eine Wachstumswende benötigt. Wie stehen Sie dazu, bzw. wo sehen Sie dabei den größten Handlungsbedarf?

Aus meiner Sicht zäumt die Wachstumsfrage das Pferd von hinten auf. Die Frage ist, wie hoch kann der Verbrauch von Natur sein? Diesen Verbrauch muss man durch absolute Grenzen regeln. Davon abgeleitet stellt sich die Frage, wieviel in Geld gemessene Wirtschaftsleistung kann in diesem Rahmen stattfinden. Das hängt von der Technologie ab, die man einsetzt und von der absoluten Menge. Die absolute Menge hängt von der Konsumgröße und der Zahl der Menschen ab. Aus meiner Sicht ist die Fokussierung auf die Frage nach Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) eigentlich eine nachgeordnete Frage. Wir müssen die absoluten Grenzen der Nutzung durchsetzen. Und jetzt stellt sich davon abgeleitet die Frage, wieviel BIP-Wachstum ist dann noch möglich? Aus meiner Sicht ergibt sich daraufhin sogar die Notwendigkeit von Schrumpfung. Dabei ist es so, dass man unterscheiden muss, welche Bereiche der Wirtschaft dafür wachsen und welche schrumpfen müssen. Beides wird es geben müssen. Wie groß welche Wachstums- und Schrumpfungsprozesse sein müssen, kann man nicht vorhersagen, weil man technologische Entwicklung bisher noch nie vorhersagen konnte. Alle, die zu dieser Frage eine starke Position vertreten, sowohl diejenigen die sagen, wir brauchen unbedingt viel Wirtschaftswachstum, und es geht alles nur durch Effizienzrevolution als auch diejenigen, die sagen, nein, wir müssen absolute Schrumpfungsprozesse zumindest in den Industrieländern hinnehmen, stellen sich beide im Grunde über dessen, was sie wissen können. Technologische Revolutionen in anderen Bereichen waren sehr erfolgreich. Wenn man z.B. auf die Produktivitätssteigerung des Faktors „Arbeit“ schaut: Seit Beginn der Industrialisierung wurde da eine gigantische Leistung erbracht.

In der Wachstumskritik wird ja auch so argumentiert, dass man schon so lange über Umweltschutz redet, es bisher aber keine absolute Entkopplung gegeben hat. Außerdem werde oft relative Entkopplung genannt, welche jedoch sehr unökonomisch ist, da freien, oft übernutzten Gütern (z.B. das Klima) kein Preis gegeben wurde.

So ähnlich war es im Feudalismus mit Arbeit. Der Faktor Arbeit bekam ja nur so viel, dass die Menschen gerade nicht starben. Wenn wir jedoch ordentliche Preismechanismen und Grenzen einführen, dann wird sich auch technologischer Fortschritt entsprechend einstellen. Allerdings bin ich gegenüber diesem pauschalen Effizienzoptimismus ähnlich skeptisch eingestellt, wie ich mich jetzt hier gegenüber pauschaler Wachstumskritik geäußert habe. Denn keiner weiß, wie sich technologische Effizienz entwickeln wird. Es kann sein, dass diese Prozesse bei weitem nicht ausreichen, um den Schutz des Planeten zu erreichen. Da wir das nicht wissen können, muss der Kampf nicht darum gehen, wie ein schlechter Indikator sich entwickelt, in dem Fall das BIP, sondern um die Durchsetzung von absoluten Nutzungsgrenzen. Also Naturschutzgebiete, absolute Grenzen für CO₂-Emissionen, klare Grenzen für die Nutzung von nicht erneuerbaren Ressourcen, nachhaltige Landnutzung, damit der Faktor Boden nicht noch weiter erodiert wird usw. Und dann muss sich die Wirtschaft diesen Nutzungsgrenzen anpassen. Genauso wie sie sich z.B. Menschenrechten anzupassen hat. Wie weit man diese Produktionsfaktoren nutzen kann, stellt ja auch eine absolute Grenze dar.

Jetzt wird ja in der Wachstumskritik die These aufgestellt, dass, wenn es denn nun so ist, dass solche absoluten Nutzungsgrenzen nur erfüllbar sind, wenn auch die in Geld gemessene Menge von Gütern und Dienstleistungen zurückgehen, das System an seine Grenzen stößt und es zu einer nicht verhinderbaren Krise kommt. Dieser These stehe ich persönlich relativ skeptisch gegenüber. Ich bin nicht überzeugt, dass Marktwirtschaft und auch kapitalistische Marktwirtschaft notwendig ein wachsendes BIP voraussetzen. Die entsprechenden Bücher von Binswanger oder auch was zum Teil aus marxistischer Ökonomie kommt, überzeugen mich nicht. Im Detail müsste man jetzt aber die einzelnen Argumentationsmechanismen durchdenken. Grundsätzlich würde ich sagen, dass eine kapitalistische Marktwirtschaft auch Schrumpfungsprozesse zulässt und eben ein offenes System ist, dass nicht von vornherein eine ganz bestimmte BIP-Größenordnung voraussetzt, wenn man die sich daraus ergebenden Probleme etwa durch vernünftige Besteuerung und vernünftige Geldpolitik regelt. Das Problem, dies durchzusetzen, ist weniger ökonomischer, sondern politischer Natur. Die politischen Maßnahmen im Bereich der Sozial-, Geld- und Steuerpolitik, die notwendig sind, wenn in BIP gemessene kapitalistische Marktwirtschaften schrumpfen sollen, führen nämlich immer zu Umverteilungen, die sehr schwer umzusetzen sind.

Wie stehen Sie mit Ihrer Tätigkeit im Kontext zur Wachstumsproblematik?

Ehrlich gesagt wenig. Ich beschäftige mich zurzeit vor allem mit Finanzmarktregulierung. Ich bin weiterhin öffentlich dazu aktiv, z.B. auf verschiedenen Plattformen wie Maxplanet, in entsprechenden Sendungen in den Medien, aber derzeit arbeite ich wenig zu diesem Thema. Wir haben eine Debatte über dieses Thema auch in der „Grünen“ Europafraktion. Ich versuche den Diskurs zu verfolgen, aber meine Hauptverantwortung liegt im Moment ganz klar bei europäischer Makroökonomie und Finanzmarktpolitik.

Wo sehen Sie Erfolge Ihrer Arbeit?

Aus meiner Sicht haben wir es nicht mit einer Wachstumsproblematik, sondern mit einer Übernutzungsproblematik zu tun. Diese Übernutzungsproblematik bekämpfen wir als Grüne natürlich querschnittartig. Ich will darauf verweisen, dass wir ein ganz klares Klimaschutzziel in der EU vereinbart haben; und zwar von -80% bis 2050. Der wichtigste Prediger der

Wachstumskritik in Deutschland, Nico Paech, behauptet, das sei gar nicht möglich ohne Schrumpfung. Davon bin ich persönlich nicht überzeugt. Das ist eine Behauptung, die er genauso wenig belegen kann, wie die umgekehrte These.

Welche Akteure spielen bei der Umsetzung Ihrer Ansätze zur Überwindung der Übernutzungsproblematik eine Rolle?

Ich glaube, dass bei Dingen, die tief in die Lebenswirklichkeit von Menschen eingreifen, und darüber reden wir bei einer anderen Weise des Wirtschaftens und Konsumierens, dass Politik nur zusammen mit der Gesellschaft kann. Bei Detailregulierungen kann auch die Politik etwas gegen ihre eigenen BürgerInnen regeln. Vor allem dann, wenn die BürgerInnen das gar nicht mitbekommen. Ob die Politik das sollte, ist eine andere Frage. Aber sie kann es zumindest. Im Bereich des Klimaschutzes oder im Bereich des Schutzes des Planeten geht dies nur, wenn es auch die Unterstützung der BürgerInnen gibt. Das ist auch ein Grund, warum ich gegenüber der Wachstumspredigt eine gewisse Skepsis habe, weil die große Mehrheit der Bevölkerung viel eher zu gewinnen ist für einen grünen Umbau, der praktisch nicht als Verzicht wahrgenommen wird. Die Überzeugung, dass dies gar kein Verzicht, sondern besseres Leben sei, wird offensichtlich von großen Teilen der Bevölkerung nicht geteilt, und schon wenn die entsprechenden Vertreter in die Nachbarschaftskneipe gehen, scheitern sie ganz grundlegend mit den Thesen der Wachstumskritik.

Allerdings haben wir bei den Umbauprozessen, die derzeit laufen, eine doch recht breite Unterstützung. Wir sind da mittlerweile hegemoniefähig, und ich finde es wichtig, dass es gelingt, dort eine Koalition des Wandels zu erreichen. Das heißt, dass die Unternehmen und Arbeitnehmer der Zukunftsbranchen, die derzeit noch mächtigen Unternehmensverbände auf der einen und die Gewerkschaften auf der anderen Seite, aufspalten. Dadurch lässt sich nun auch politische Regulierung durchsetzen, die man alleine aus einem Bündnis der Politik, der Umweltbewegung und anderer, aus moralischer Überzeugung Handelnder, nicht schaffen würde. Und das bedeutet, wir müssen diese Zukunftsbranchen organisieren und daraus einen politischen Umbauprozess einleiten, der einerseits in der Gesellschaft die richtigen Veränderungen erreicht und umgekehrt eine Koalition zusammenbringt, die dann mit Mehrheiten zu Regeln führt, die für alle gelten. Weil, es kann ja nicht sein, dass wir der schmutzigen Ökonomie eine grüne Hinzufügen, sondern es geht darum, das gesamte ökonomische System zu ökologisieren. Das wird starke Widerstände hervorrufen, und dafür braucht man Umbaukoalitionen, die groß genug sind. Das kann man meiner Meinung nach mit einem klaren Bündnis mit den Zukunftsbranchen erreichen. Dieses Bündnis wird jedoch politisch gleich wieder gefährdet, wenn man den Partnern aus der Wirtschaft gleich wieder erzählt, dass man auch schrumpfen muss. Diese Schrumpfungsforderungen sind meiner Meinung nach sehr gefährlich und politisch – glaube ich – ein Irrweg.

Sie sprachen gerade von Umbauprozessen: Gibt es davon schon Ansätze, oder wie weit sehen Sie diesen Prozess schon vorangeschritten? In welcher Phase befinden wir uns da?

Ich würde sagen, dass dies ein höchst ambivalenter Prozess ist. Gerade in Deutschland ist es uns ja gelungen, mit dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz große Fortschritte zu erreichen. Auch global wird auf Deutschland geschaut in einer Intensität, die hier häufig unterschätzt wird.

Das heißt, wir haben dort eine Vorbild- und Vorreiterfunktion. Die Klimagasemissionen nehmen in Deutschland ab. Gleichzeitig muss man allerdings sagen, dass in dem Bereich nicht alles grün ist, was sich grün nennt. Ein Teil der Erneuerbaren-Produktion und der Rohstoffabbauprozesse, die dafür benötigt werden, sind alles andere als grün und menschenrechtlich vertretbar. Da braucht es auch ein konsequentes Nachsteuern! Aber im Bereich der Energieproduktion, und hoffentlich in Zukunft auch im Bereich der Energieeffizienz, sind wir grundsätzlich auf dem richtigen Wege. Dagegen sehe ich andere große Problembereiche, wo wir bisher nicht wirklich weiterkommen. Das ist zum einen die ganze Frage des Umbaus der Agrarproduktion. Dort sind die Widerstände enorm. Es ist auch kulturell absolut trendy, Schweinefleisch durch Geflügel aus der Billig-Mast zu ersetzen. Viele Andere halten es für hip, sich von Fisch zu ernähren, den wir in den Mengen nicht haben. Dort haben wir sehr große Probleme, die notwendigen Grenzen sowohl kulturell als auch politisch durchzusetzen. Da haben wir es mit großen Übernutzungen zu tun. Wir haben ähnliche Probleme im Bereich von Zellulose. Dazu gibt es sehr traurige Analysen, z.B. von der NGO „Global-Footprint“, die sehr systematisch die verschiedenen Grenzen bestimmt und aufgezeigt hat, wie weit wir bei der Durchsetzung von notwendigen Grenzen sind. Und da sind wir auch in Deutschland im Grunde hauptsächlich im Klimabereich Vorreiter, aber in vielen anderen Bereichen eben nicht. Das muss man leider sagen. Und auch im Klimabereich müssen wir die Geschwindigkeit des Umbaus weiter steigern.

Wie Sie schon ansprachen, sollte beim Klimaschutz auch der Agrarsektor betrachtet werden. Reicht es nun, um positive Effekte auf das Klima haben zu können, von der Politik aus den Impuls zu mehr ökologischer Landwirtschaft zu geben, oder muss jeder einzelne Bürger beim eigenen Konsumverhalten noch kleinskaliger ansetzen?

Ich glaube die Studien z.B. des WWFs, wie man denn die -80% Treibhausgasemissionen erreichen kann, zeigen, dass man es gar nicht schafft, wenn man den ganzen Agrarbereich außen vorlässt. Und da bringt Bio im Vergleich zu Nicht-Bio ein bisschen, aber im Verhältnis wenig. Wir haben auch sicherlich im Bereich der Tierzucht noch Optionen. Zum Beispiel könnte man die Methanemissionen bei den Kühen durch Zucht vielleicht noch reduzieren. Das muss sicher gemacht werden. Gleichzeitig glaube ich doch auch, dass nach all dem, was wir bisher wissen, es so aussieht, dass wir dort auch Veränderungen abseits des technischen Fortschritts brauchen. Deshalb bin ich auch Vegetarier. Aber das wird kulturell sehr viel schwieriger werden als andere Dinge. Ich glaube auch da gilt, dass wir versuchen müssen, die Produktionsweise so zu ändern, dass sich die Änderungen im Lebensstil in Grenzen halten. Denn es genügt in diesen Bereichen nicht, ich sage das einmal ganz zugespitzt, politisch verantwortlich zu handeln und als Bürger, Aktivist oder Wissenschaftler dabei recht zu haben. Vielmehr geht es darum, Recht zu schaffen.

Es ist ganz leicht sich unter Ökologen zu einigen, wir müssen alle Vegetarier werden, wir sollen alle nicht mehr fliegen, wir sollen massiv unser Konsumniveau herunterschrauben und so weiter. Wir werden zwar sicherlich manche Menschen finden, die das toll finden. Aber diese Art von Predigt ist in den letzten 30/40 Jahren in der Umweltbewegung massiv gescheitert. Die Umweltbewegung der 70er/80er Jahre war viel mehr von solchen Thesen geprägt und ist damit kulturell gescheitert. Umgekehrt sind die neuen Bereiche, die praktisch Wachstumsbereiche sind und waren, diejenigen, mit denen wir Alternativen geschaffen haben, wodurch aber kein direkter Komfortverlust für die Menschen eintrat. Dies waren Erfolge! Jetzt gibt es in der Umweltbewegung und in der Wachstumskritik eine ganz starke

Tendenz, vor diesen Problemen ganz einfach die Augen zuzumachen und zu sagen: Wir haben aber recht. Basta! Das ist eine Haltung, die sich daran orientiert, Recht haben zu wollen, aber nicht Recht zu schaffen. Und das finde ich, ehrlich gesagt, nicht sehr verantwortlich. Wenn man all diese Energie, die in Kampagnen zur Wachstumskritik fließt, in Umbaupolitik stecken würde, wären wir vermutlich schon ein Stück weiter.

Ich finde es hoch interessant, dass z.B. aus sozialen Bewegungen Kongresse und Veranstaltungen zum Thema Wachstum proppenvoll sind, die Menschen sind im Bereich der Aktivisten fasziniert von diesem Thema, sobald sie aber in ihre Nachbarschaftskneipe gehen, scheitern sie mit diesem Thema jedoch massiv. Wenn aber große gesetzliche Blockadepositionen aufgebaut werden, wie jetzt gegen die Energieeffizienzrichtlinie, die europaweit 20% Effizienzsteigerung verbindlich machen würde, dann gibt es keinen einzigen Aktivisten, der sich darum schert. Oder dass das Erneuerbaren-Energien-Gesetz blockiert wird, dagegen gibt es bisher nicht auch nur annähernd vergleichbare Aktivitäten. Und da ist ein Ungleichgewicht, das ich politisch sehr fragwürdig finde. Ich habe nichts dagegen, ich finde es auch intellektuell spannend, sich mit dem Wachstumsthema zu beschäftigen, vor allem, weil es natürlich auch sehr grundlegende Fragen aufwirft, die ich als Nachdenkender teile. Aber bei der Verteilung der politischen und intellektuellen Energiekonzentration haben wir im Bereich der Umweltaktivisten eine massive Fehlallokation.

Der Sozialpsychologe Harald Welzer spricht davon, dass Menschen in Veränderungsprozessen erreichbare Visionen brauchen. Welche ist Ihre?

Es geht darum, die Natur zu erhalten und die Art des Zusammenlebens zwischen den Menschen auf mehr Gerechtigkeit zu gründen. Eine absolute visionäre Vorstellung habe ich nicht im Sinne eines Ismus oder im Sinne einer Ideologie, wie alles werden soll. Ich habe eine Grundorientierung und diese versuche ich im Rahmen meiner Chancen und meiner Möglichkeiten zu verfolgen.

Was raten Sie, wenn Sie jemand fragt, wie man selbst morgen, im nächsten Monat und im nächsten Jahr aktiv zu diesen Veränderungen einer Wachstumswende beitragen kann?

Ich würde zunächst einmal sagen, dass man als Einzelner wenig erreichen kann. Meine wichtigste Botschaft wäre, *organisiere Dich in irgendeiner der vielen Initiativen, die auch versuchen, politische Macht zu erreichen*. Macht meine ich nicht parteipolitisch, sondern in Organisationen, die Kraft bündeln. Ich finde gut, was im Internet passiert, rund um „Campact“, aber auch die internationalen Bewegungen. Ich finde sehr gut, was im Bereich der Atomenergie durch „Ausgestrahlt“ passiert und was im Bereich der Agrarwende von den großen Bündnissen erzielt wird. Diese Liste wäre fortzusetzen. Eine ganz wichtige Botschaft ist, dass es nicht ausreicht, sich als Einzelner ethisch zu verhalten und darüber nachzudenken, sondern es geht darum, sich als BürgerIn zu organisieren, um Macht zu entfalten.

Das setzt meiner Meinung nach aber auch immer eine eigene Verhaltensänderung voraus!

Ich finde, dass beide Sachen zusammengehören. Auch für mich persönlich ist es wichtig. Es ist unglaublich, solche Politik zu machen, ohne, so gut man eben kann, voranzugehen. Man sollte sich dessen bewusst sein, dass, wenn man allen predigt, sich persönlich verändern zu

müssen, Probleme des Systems nicht gelöst werden. Dafür braucht man letztlich politische Regeln. Außerdem ist es so, dass auch der Einzelne sich in einem System befindet, das auf Raubbau ausgerichtet ist und sich gar nicht so verhalten kann, den Raubbau zu verhindern. Das heißt, es gibt viele Dinge, die kann der Einzelne gar nicht internalisieren, solange es bestimmte Angebote gar nicht gibt. Es ist zum Beispiel sehr schwierig, sich als Europaabgeordneter vegan zu ernähren. Ich habe schon immer Schwierigkeiten, denen in Belgien zu erklären, was vegetarisch bedeutet. Deswegen lebe ich auch nicht mehr vegan, weil sich einfach zu viel meiner politischen Energie auf das Essen verlagern würde, und ich glaube, dass es besser ist, wenn ich diese Energie politisch einsetze.

Die Autoren der Artikel unseres Readers haben ja vielleicht eine andere Herangehensweise als sie, und auch in unserer Arbeitshypothese fordern wir eine Wachstumswende, die jedoch durch Wachstumszwänge erschwert wird. Was sagen sie dazu?

Ich kann nur sagen, dass es darum geht, herauszufinden, was stimmt. Wenn man diese Arbeitshypothese voraussetzt, dann muss man die erst einmal gut begründen. In der Arbeitshypothese war ja vom Systemzwang die Rede. Das muss man zunächst genau argumentativ belegen, was ich gar nicht so trivial finde. Worin besteht Zwang in einer kapitalistischen Marktwirtschaft? Dass es eine Wachstumstendenz gibt und auch einen ständigen Druck, da man damit Geld verdienen kann, das finde ich völlig überzeugend. Binswanger kommt ja zu dem Punkt, dass er sagt, man muss immer vorfinanzieren. Das finde ich äußerst unüberzeugend, da ich das nachher ja wieder wegbesteuern kann. Deshalb kann ich mir keine kapitalistische Marktwirtschaft vorstellen, die kein Nettowachstum kennt. Und das muss man erst einmal sauber belegen, weil sonst die ganze Arbeitshypothese auf tönernen Füßen steht.

Interview Josha Lange

Über die Person



Sven Giegold, Jahrgang 1969, hat Wirtschaftswissenschaften, Erwachsenenbildung und Politik in Lüneburg, Bremen und Birmingham studiert und den Master in Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsentwicklung an der University of Birmingham absolviert. Er ist seit 2009 als Abgeordneter für Bündnis 90/Die Grünen im Europäischen Parlament und finanz- und wirtschaftspolitischer Sprecher seiner Fraktion Die Grünen/EFA und vertritt die Bürgerinnen und Bürger aus Nordrhein-Westfalen. Er ist unter anderem an der Mitgründung von Attac Deutschland und des Institutes Solidarische Moderne e.V. sowie bei der Initiierung von „finance watch“ beteiligt.